

Die ganze Welt verschwört sich gegen Microsoft

Am 19. November sollte die Anhörung gegen Microsoft im EU-Verfahren gegen den Softwarehersteller beginnen. Nun hat Microsoft um Aufschub gebeten. Zwei Wochen wurden gewährt, dann geht es für Microsoft aber ums Eingemachte. Bis zu 10 Prozent des Jahresumsatzes können als Strafe verhängt werden. Aber nicht nur in der EU wird Stimmung gemacht, auch in Asien und Südamerika fürchtet man den Software-Gigant.

Die Europäische Union hat während ihrer Kartellermittlung gegen Microsoft den Redmondern nur gut zwei Wochen zusätzliche Bedenkzeit gewährt, die sich diese nach Veröffentlichung neuer Vorwürfe im vergangenen August ausgebeten hatte. Microsoft-Sprecherin Tiffany Steckler machte zwar keinerlei Angaben zur ursprünglich gewünschten Verlängerung, schlug aber einen recht scharfen Ton an. „Wir sind von dem Verfahren enttäuscht“, so Steckler. „Insgesamt zehn Woche Zeit für eine Antwort sind enttäu-

schend im Vergleich zu den 20 Monaten, die sie für ihre Unterlagen gebraucht haben, denn diese enthalten eine Menge Informationen.“ Steckler erklärte aber, Microsoft sei weiterhin nach Kräften bemüht, mit den Brüsseler Ermittlern zu kooperieren.

Im schlimmsten Fall könnte die Europäische Kommission Microsoft zu einer Geldstrafe in Höhe von zehn Prozent seines Jahresumsatzes verurteilen, was auf gut drei Milliarden Dollar hinausläufe. Dieses höchste Strafmaß wurde allerdings bisher nie gegen ein Unter-

250 Millionen Euro Schaden jährlich durch SPAM

Wirksamer Schutz bei Domaintechnik.at durch lernfähigen Gratis-Spam-Filter für Kunden

Sie fluchen auch täglich über die dutzenden unerwünschten Mails die ihre Mailbox verstopfen? Der österreichische Internet-Provider Domaintechnik.at hat mit seinem Software-Entwicklerteam einen lernfähigen Spam-Filter entwickelt und bietet ihn nun

Unter dem Begriff SPAM versteht man unerwünscht zugesandte elektronische Werbemails. Der Großteil dieser eMails ist kommerzieller Natur und wird aufgrund der extrem niedrigen Übermittlungskosten (für den Versender) in großen Massen versendet. Rund 40% aller weltweit versendeten eMails sind mittlerweile SPAM und verursachen auf der Empfängerseite immense Kosten. Zum einen verlangsamt sich durch die hohe Zahl der Werbemails die Zustellung der restlichen Nachrichten – zum anderen müssen die unerwünschten Nachrichten vom Benutzer herunter geladen und aussortiert werden. Der Schaden der durch SPAM verursacht wird beträgt laut Jupiter Research jährlich rund 250 Millionen Euro. Beträchtlich ist auch der hohe Zeitverlust der den Unternehmen beim Ausfiltern und Löschen der Nachrichten entsteht. Durchschnittlich 5 Sekunden werden dafür benötigt eine SPAM eMail zu identifizieren und zu löschen. Weit größer ist jedoch der Zeitaufwand wenn der Leser der Nachricht dem Inhalt der Werbemails Interesse

entgegenbringt und sich das Angebot während der Arbeitszeit ansieht oder sogar auf die eMails antwortet, was in immerhin 15% der Fälle tatsächlich passiert. Findige Unternehmen, darunter auch führende österreichische Unternehmen im Telekommunikationsbereich, haben sich diese Problematik für zusätzliches Einkommen zu Nutze gemacht und bieten Ihren Kunden nun Filter-Programme zum Kauf an, die – abgesehen von den zusätzlichen Kosten – auch noch mühsam selbst konfiguriert werden müssen. Gerade bei SPAM ist es aber wichtig möglichst effektive Algorithmen anzuwenden um nicht für jede Nachricht eine neue Filterregel erstellen zu müssen.

Eine lobenswerte Ausnahme in diesem Teufelskreis macht der österreichische Internet-Anbieter Domaintechnik.at der mit seinem hochqualifizierten Software-Entwicklerteam einen lernfähigen Spam-Filter entwickelt hat und nun allen Kunden kostenfrei anbietet. Das besondere an diesem Filter ist, dass keinerlei Konfigurationsarbeit notwendig ist um die Kriterien

für SPAM eMails festzulegen, denn das System nutzt einen Katalog mit mehr als 1000 vordefinierten Regeln mit deren Hilfe der Inhalt der eMail analysiert und bewertet wird. Zusätzlich werden bei der Prüfung mehrere internationale SPAM Datenbanken abgefragt, ob die Absenderadresse bzw. der verwendete Mailserver bereits als SPAMMER bekannt sind. Um die Fehlerquote beim Aussortieren der unerwünschten Nachrichten verschwindend gering zu halten, muss die Summe der unterschiedlich stark bewerteten Indizien einen festgesetzten Grenzwert erreichen. Erwähnenswert ist bei der Domaintechnik-Lösung auch dass die eMails direkt auf dem Server aussortiert werden und damit auch keine unnötigen Übertragungskosten anfallen. Auf Wunsch können die gefilterten Nachrichten in einer eigenen Mailbox aufbewahrt oder an eine andere Adresse weitergeleitet werden. Nähere Informationen gibts beim Anbieter direkt auf der Website <http://www.domaintechnik.at> oder unter Tel.: 06216/5164.

nehmen ausgesprochen. Außerdem könnte Microsoft dazu verpflichtet werden, Wettbewerbern weiteren Quellcode offen zu legen und seine Windows-Vertriebsbedingungen zu ändern.

Asien stemmt sich gegen Microsoft

Die Regierungen von Japan, Südkorea und China wollen gemeinsam eine Open-Source-Alternative zu Microsofts Windows entwickeln, um sich vom Monopol des amerikanischen Softwarekonzerns abzukoppeln. Dies berichten übereinstimmend die japanischen Wirtschaftspublikationen „Nihon Keizai Shimbun“ und „Asahi Shimbun“. Der japanische Wirtschaftsminister Takeo Hiranuma will entsprechende Pläne auf einem regionalen Treffen mit Kollegen in Phnom Penh erläutern, heißt es.

Ein konkreter Entwicklungsplan soll bereits Mitte September festgelegt worden sein. Technische Grundlage für die Entwicklung des vereinten asiatischen Anti-Windows dürfte das Open-Source-Betriebssystem Linux sein. In das Projekt sind dem Vernehmen nach mehrere Universitäten sowie auf Seiten der Wirtschaft Konzerne wie Fujitsu, NTT Data, Hitachi, NEC und Matshushita involviert. Neben dem Betriebssystem sollen offenbar auch gängige Anwendungen wie Textverarbeitung und Tabellenkalkulation entwickelt werden.

„Alle drei Länder denken, dass die Dominierung eines Marktes durch ein einziges Unternehmen keine gute Sache ist“, wird ein Sprecher des japanischen Ministeriums für Wirtschaft, Handel und Industrie zitiert. „Wir brauchten einen Ort, um Informationen auszutauschen, um die Verbesserung quelloffener Software voranzutreiben.“ Weiteren Anschlag hätten die jüngsten Viren- und Wurmepidemien geliefert, die eine fatale Abhängigkeit von Microsoft-Produkten verdeutlicht hätten. In den späten 80er Jahren hatte Japan ein breit angelegtes quelloffenes Software-Entwicklungsprogramm auf Druck der USA eingestellt, die eine „Handelsbarriere“ für Microsofts proprietäres Business befürchtet und mit Konsequenzen gedroht hatten.

Benjamin Wedmore, Softwareanalyst bei HSBC Securities in Tokio, vermutet unterdessen, dass die drei Länder mit sehr unterschiedlichen Erwartungen an die Zusammenarbeit herangehen und daraus mögliche Interessenkonflikte resultieren könnten. Für Japan könnte aus seiner Sicht Open-Source-Software als Vehikel dienen, seinen Hightech-Firmen wieder prominenter Positionen in globalen Märkten zu verschaffen. China würde eher darauf spekulieren, Hardware ohne teure Software zu verkaufen. Südkoreanische Firmen wie Samsung Electronics schließlich könnten eigene Systeme zum Betrieb zukünftiger mobiler Geräte entwickeln und damit deren Preise aufrechterhalten oder sogar noch erhöhen, erklärte Wedmore gegenüber dem „Wall Street Journal“.

Auch Brasilien wendet sich ab

Der brasilianische Präsident Luiz Inacio Lula da Silva gibt derzeit einer Richtlinie die endgültige Form, die Ministerien und Behörden sowie staatlichen Unternehmen empfiehlt, auf neuen Rechnern Open-Source-Software wie Linux anstelle proprietärer Produkte wie Microsoft Windows zu installieren. Das „Wall Street Journal“ zitiert da Silvas IT-Berater Sergio Amadeu mit der Aussage, Ziel sei es, bereits im kommenden Jahr 80 Prozent aller neu angeschafften Rechner unter Open-Source-Software zu betreiben.

Jedoch seien die Empfehlungen nicht bindend. „Wir verlangen an keiner Stelle die Nutzung freier Software. Der Markt muss die Wahl treffen“, so Amadeu, der auch für bereits vorhandene Systeme die Migration von Microsoft auf Open Source vorantreiben will. „Wir werden die staatliche Beschaffungsmacht nutzen, um Technikpolitik zu machen. Die US-Regierung tut das. Warum nicht auch wir?“ Seit der Regierungsübernahme durch die linke Arbeiterpartei im vergangenen Januar gewinnt die Free-Software-Bewegung in Brasilien deutlich an Schwung. Vier Bundesstaaten haben die Förde-

rung quelloffener Software bereits gesetzlich festgeschrieben. Auch auf Bundesebene ist ein solches Vorhaben in Arbeit, nachdem es zu vor jahrelang im Kongress dahindümpelte. Amadeu verspricht sich davon geringere (Lizenz-)Kosten, ein leichteres Erreichen des Ziels, größeren Teilen der Bevölkerung Computer zugänglich zu machen und eine Ankurbelung der heimischen Hightech-Industrie. Es gibt aber auch ein moralisches Element. „Freie Software ist wie Generika“, erklärte Amadeu mit Blick auf Brasiliens Bemühen, Alternativen zu hochpreisigen AIDS-Medikamenten zu finden. Ganz unproblematisch ist die Strategie der Regierung allerdings nicht. Brasilianische Softwerker stimmen zwar überein, dass geringere Lizenzkosten und die Verwendung freier Software Entwicklungs- und Schwellenländern durchaus helfen können. Jedoch führe die Arbeiterpartei einen ideologischen Feldzug, der der brasilianische Softwareindustrie und deren Exporten schaden könnte, weil die meisten Firmen ihre Produkte auf Windows-Basis entwickeln. „Das ist technologischer McCarthyismus“, beklagt sich etwa Cid Torquato vom Branchenverband Camera-e.net (bei dem Microsoft Mitglied ist).

Der Softwarekonzern bemüht sich derweil weiter um Verhandlungen mit der neuen Regierung, die aus Sicht von Marketing-Direktor Luiz Moncau anders als die vorige „denkt, dass Regulierung besser ist als Autonomie“. Bewaffnet mit Marktstudien bemüht man sich, der Arbeiterpartei aufzuzeigen, dass proprietäre Software kostengünstiger sein kann als freie, wenn man den Serviceaufwand mit berücksichtigt. „Es ist schwierig, diese Botschaft zu kommunizieren“, so Moncau. Microsoft spreche mit der Regierung, die für rund sechs Prozent der Softwareeinnahmen Brasiliens gut ist, über niedrigere Lizenzgebühren und Zugang zum Source-Code.



4 Color Print
 Szabo Konheuser OEG
 Färbermühlgasse 11/1/R1
 A-1230 Wien
 Tel.: 01/990 73 09
 Fax: 01/990 73 92
 office@4colorprint.at
 www.4colorprint.at

**Ihr Partner für
 professionellen Digitaldruck
 von der Visitenkarte
 bis zum A0-Plakat!**

GUTSCHEIN

Mit diesem Gutschein erhalten Sie jetzt zu jedem
Auftrag ab einem Wert von € 100,-
(entspricht ca. 300 Farb- oder 3000 S/W Drucken im Format A4)
100 Visitenkarten (4C) gratis dazu
**Gutschein einfach ausschneiden und bei
 Auftragserteilung beilegen**

TESTEN SIE UNS!

Angebot gültig bis 31.12.2003